

Beratungsstellen Arbeit

Aktionstage bei Amazon in NRW – prekäre Arbeitsbedingungen bei Zustellung im Fokus



Die Beratungsstellen von Faire Integration NRW sowie weitere Beratungsstrukturen in NRW machten im Zeitraum zwischen 02.-13.05.2022 in ganz NRW auf die prekären Arbeitsbedingungen von Zusteller*innen sowie Fahrer*innen bei Amazon aufmerksam. Bei den Aktionen wurden die Beschäftigten -viele von Ihnen Geflüchtete- in verschiedenen Sprachen über ihre Rechte informiert. An den Aktionstagen beteiligten sich die Beratungsnetzwerke „Faire Integration“, „Faire Mobilität“, „Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V.“ und die **„Beratungsstellen Arbeit“**.

Nach Angaben von ver.di boomt der Online-Handel bei Amazon. Das System stützt sich an vielen Stellen auf Subunternehmen oder Leiharbeitsfirmen. Teilweise sind die Kolleginnen und Kollegen auch als Soloselbstständige im Einsatz. In der Zustellung sind die wenigsten direkt bei Amazon angestellt. Die prekären Arbeitsbedingungen und der enorme Zeitdruck benachteiligen die Beschäftigten systematisch, laut ver.di.

Auch die Erfahrungen der Beratungsstellen von Faire Integration zeigen: Es kommt im Umfeld von Amazon regelmäßig zu Verstößen gegen geltendes Recht, etwa beim Mindestlohn oder den Arbeitszeiten. Hier sollte dringend gegengesteuert werden, etwa mit der weitläufigen Ausweitung von Kontrollen.

Faire Integration



2 Tage · 🌐

1.350 Beschäftigte erreicht

Nachdem diese Woche bereits Kurierfahrer*innen vor Amazon-Verteilzentren in Bielefeld, Kempen, Unna, Wenden, Troisdorf und Paderborn informiert wurden, waren Berater*innen und Gewerkschafter*innen heute in Wuppertal und Bochum unterwegs.

Seit Montag konnten rund 1.350 Kurierfahrer*innen in vielen Sprachen über ihre Rechte auf der Arbeit informiert werden. Die Fahrer*innen berichteten über eine Vielzahl von Problemen, etwa bei der Erfassung der Arbeitszeit, von hohem Stress, schweren Paketen und Kosten für Unfallschäden am Zustellfahrzeug, die sie aus eigener Tasche zahlen müssen.

Faire Integration Nordrhein-Westfalen
ver.di Postdienste, Speditionen und Logistik NRW
ver.di
Faire Mobilität
Arbeit und Leben NRW



👍❤️ 6

3 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

Illegale Zusteller

Zoll, Ordnungsamt und Polizei im Einsatz bei Amazon in Troisdorf

5. Mai 2022 um 19:58 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Amazon in Troisdorf (Archivfoto) Foto: Meike Böschemeyer

Troisdorf. Im Amazon-Verteilerzentrum in Troisdorf wurden am Mittwoch bei einer Zoll-Aktion zwei illegale Mitarbeiter identifiziert. Kurz zuvor erst waren Gewerkschaften und Beratungsstellen vor Ort, um die Kurierfahrer über ihre Rechte aufzuklären, die nach Gewerkschaftsangaben teils katastrophal sind.

Von Simun Sustic

Zoll, Ordnungsamt und Polizei haben am Donnerstag bei einer Großkontrolle des Online-Händlers Amazon in Troisdorf zwei illegale Beschäftigte entdeckt. Ein Lieferwagen habe vollständig abgefahrene Reifen gehabt und sei sofort aus dem Verkehr gezogen worden, sagte ein Zollsprecher. Es gebe außerdem in mehreren weiteren Fällen Hinweise auf Bezahlung unter Mindestlohn.

131 Fahrer seien befragt und zahlreiche Verträge mit Amazon-Subunternehmern überprüft worden, sagte der Sprecher. Eigene Amazon-Beschäftigte wurden nicht befragt, es ging nur um Zusteller bei Subunternehmerfirmen.

LESEN SIE AUCH



150 Beschäftigte bereiten Pakete vor

Neues Amazon-Verteilzentrum in Troisdorf auf Vollast hochgefahren

Schon jetzt arbeiten im Amazon-Verteilzentrum in Troisdorf 150 Menschen - früher als gedacht. Erst am 2. Juni hatte es den Betrieb aufgenommen. Was den Ausstoß für den raschen Ausbau gab und wie dort gearbeitet wird.

Gegen die beiden jungen Fahrer, die ohne Arbeitserlaubnis Pakete ausgefahren hatten, werde ermittelt; vor allem stünden aber die Firmen im Mittelpunkt, die sie illegal beschäftigt hätten, sagte der Zollesprecher. „Das ist kein Kavaliersdelikt, die Menschen sind weder versichert noch werden sie fair bezahlt.“ Der Gesetzgeber sehe hier empfindliche Geldstrafe in fünfstelliger Höhe und in Wiederholungsfällen sogar Haftstrafen vor. Amazon habe die Kontrolle sehr kooperativ begleitet, lobte der Zollesprecher.

Kurz vor Zoll-Aktion starteten Gewerkschaften und Beratungsstellen Info-Aktion für Paket-Fahrer

Der Online-Händler sicherte den Behörden volle Unterstützung bei solchen Kontrollen zu. Das Unternehmen erwarte von seinen Vertragspartnern, dass sie sich an die gesetzlichen Vorgaben hielten, sagte ein Unternehmenssprecher. Das gelte insbesondere für Löhne, Sozialabgaben und Arbeitszeiten.



Auch bei früheren Kontrollen waren Zoll und Polizei immer wieder auf Verstöße wie das Unterschreiten des Mindestlohns, Arbeit ohne Sozialversicherung und erhebliche Mängel an den Lieferwagen gestoßen.

Noch am Vormittag hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi auf dem Amazon-Gelände in Troisdorf eine Info-Aktion veranstaltet. Ziel war es, Zusteller, die für Amazon arbeiten, über deren Rechte aufzuklären. Beteiligt waren auch die Beratungsstellen „Faire Integration“ und „Arbeit und Leben NRW“, die staatliche Gelder erhalten. Diese erreichen häufige Beschwerden von Lieferpersonal des Handelsgiganten über unfaire Arbeitsbedingungen.

Demnach sind die Hauptthemen der Hilfesuchenden unbezahlte Überstunden und die Unterschreitung des Mindestlohns. Laut Verdi werden solche Zustände möglich gemacht, indem die wenigsten Zulieferer bei Amazon selbst angestellt sind. An vielen Stellen arbeiteten Subunternehmen, Leiharbeitsfirmen oder Soloselbstständige für das Unternehmen. In manchen Arbeitsverhältnissen entstünden so mitunter prekäre Abhängigkeiten, sagt Catalina Guia von „Arbeit und Leben NRW“: „Viele Zulieferer leben in Unterkünften, die ihnen der Arbeitgeber zur Verfügung stellt. Dementsprechend haben sie Angst, dass sie beim Jobverlust auch ihre Wohnung verlieren.“

Amazon weist alle Vorwürfe zurück

Die teuren Wohnungen seien oft viel zu klein für die Anzahl der häufig im Ausland angeworbenen Arbeiter, die sich Zimmer dort teilten. „Bei jeder Beratung, die wir machen, finden diese Unternehmen einen anderen Weg, Gesetze oder etwa den Mindestlohn zu umgehen“, sagte Guia. Amazon drohe damit, dass bei einer Kündigung kein anderes Subunternehmen den Fahrer mehr einstellen werde, sagt Stanimir Mihaylov von „Arbeit und Leben“.

Amazon-Pressesprecher Steffen Adler widersprach den Vorwürfen durch die Beratungsstellen. Es stimme nicht, dass die meisten Zusteller von Amazon bei Subunternehmen beschäftigt seien. Man arbeite mit traditionellen Paketdienstleistern wie DHL sowie kleinen und mittleren lokalen Lieferpartnern zusammen. Es gebe auch eine Fahrer-Hotline, um Feedback anonymisiert und in verschiedenen Sprachen abzugeben. „Alle Lieferpartner sind vertraglich verpflichtet, alle geltenden Gesetze einzuhalten, insbesondere in Bezug auf Löhne, Sozialabgaben und Arbeitszeiten.“ Die landesweite Aktion läuft bis 13. Mai.

Zoll durchsucht Amazon-Zentrum

Razzia zu illegaler Beschäftigung – Gewerkschaft informiert über Knebelbedingungen



Die Vertreter der Gewerkschaft verteilten Flugblätter mit rechtlichen Hinweisen zur Arbeit vor der Einfahrt des Auslieferungszentrums. Rechts: Kein Wagen kam mehr ohne Kontrolle vom Gelände. (Stefan Villinger)

VON STEFAN VILLINGER

Troisdorf. Es ging ganz schnell: Mit Blaulicht rückte die Wagenkolonne an. Die Ausfahrt am Amazon-Zentrum in Spich wurde mit einem quer stehenden Transporter versperrt. 35 Ermittler des Hauptzollamtes eilten sofort in das Gebäude, unterstützt von elf Mitarbeitenden der Troisdorfer Ausländerbehörde, sechs Mitarbeitenden des Ordnungsamtes und der Polizei. Ohne Kontrolle konnte niemand mehr das komplett abgeriegelte Gelände verlassen.

Der Zeitpunkt der Großrazzia war klug gewählt. Gegen 11 Uhr verlassen die Transporter das Verteilzentrum zum Ausliefern der Ware. Am Steuer sitzen jedoch keine Angestellten von Amazon, sondern Mitarbeiter von Lieferfirmen. Sie waren das Ziel der Ermittler. „Es ging um Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Verstöße gegen den Mindestlohn“, sagte Jens Ahland, Pressesprecher des Hauptzollamtes in Köln. Solche Razzien würden auch bei Lieferdiensten wie DPD oder DHL gemacht. „Das ist ein Branchenproblem.“

Unbezahlte Überstunden

Zufällig hatten sich auch Vertreter der Gewerkschaft Verdi und weitere Beratungsstellen für faire Arbeit an diesem Tag zu einer Flugblatt-Aktion vor dem Verteilzentrum getroffen. Es gehe um „ungeheuerliche Missstände“, berichtete Mousa Othman vom Deutschen Gewerkschaftsbund. In vielen Auslieferungsfirmen müssten die Mitarbeiter oft unbezahlte Überstunden leisten. Der Trick sei, dass die Wartezeit vor dem Beladen nicht als Arbeitszeit gerechnet werde. „Da kommen dann schon mal zehn Stunden zusammen, von denen zwei nicht bezahlt werden.“ Bei Beratungen der Gewerkschaft hätten ihm das Fahrer von Auslieferungsfirmen berichtet.

Catalina Guia sprach von der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für diese Firmen. „In Rumänien wird den Menschen von lukrativen Stellen berichtet“, schilderte die Verdi-Mitarbeiterin. Ohne Sprachkenntnisse würden diese nach Deutschland gelockt und seien dann ihren neuen Arbeitgebern „geradezu ausgeliefert“. Bis zu 300 Euro müsse für ein Mehrbettzimmer pro Monat bezahlt werden. Das Gehalt liege bei 1200 bis 1600 Euro im Monat. Durch Zeitverträge seien diese Arbeitnehmer dann erpressbar, weil die Familien in der Heimat das Geld dringend bräuchten. Krankheit werde oft als Kündigungsgrund angesehen, obwohl dies gesetzlich verboten sei. Aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse könnten sich die Mitarbeiter jedoch nicht wehren. Auf diese Probleme angesprochen, teilte Amazon-Pressesprecher Steffen Adler mit: „Wir sind gerne bereit, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, um jedem Fall nachzugehen.“ Partner seien verpflichtet, sich an die geltenden Gesetze und den Verhaltenskodex für Amazon-Lieferpartner zu halten. „Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass unsere Lieferpartner ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Einklang mit geltendem Recht beschäftigen. Wir auditieren unsere Lieferpartner regelmäßig, und wir greifen durch, wenn wir feststellen, dass ein Partner unsere Anforderungen nicht einhält.“

Die Lieferpartner würden so vergütet, dass sie ihre Mitarbeitenden gut bezahlen könnten. „Amazon hat in Deutschland eine Fahrer-Hotline eingerichtet, die für alle in verschiedenen Sprachen verfügbar ist“, betonte Adler. „Dort können Zusteller und Zustellerinnen ihr Feedback auch anonymisiert mitteilen.“ Vorwürfe würden dann auch überprüft.

Am Abend zog der Zoll Bilanz: 131 Fahrer von sieben Auslieferungunternehmen wurden überprüft. „Erste Hinweise auf Firmenkettensind festgestellt“, teilte Zollsprecher Ahland mit. Das bedeute, dass Aufträge durchgereicht würden und jedes Mal weniger Geld gezahlt werde. So würden die Kontrollen der Auftraggeber zur fairen Bezahlung umgangen.

Zwei illegal Beschäftigte wurden dem Ausländeramt übergeben: ein 25 Jahre alter Albaner und ein 30 Jahre alter Syrer. Die Polizei zog einen Lieferwagen aus dem Verkehr, dessen Reifen kein Profil mehr aufwiesen.

„Die Angaben der Fahrer über ihren Lohn werden wir jetzt vor Ort in den Firmen anhand von Stundenbüchern überprüfen“, sagte Ahland zu weiteren Ermittlungen in den nächsten Wochen. So werde kontrolliert, ob auch wirklich Mindestlohn gezahlt werde.